

Beschluss des Landrats vom 16.02.2023

Nr. 2041

46. Swisspeace: Baselland unterstützt Friedensförderung 2022/550; Protokoll: ama, mko

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat wolle das Postulat entgegennehmen und es liege ausnahmsweise eine schriftliche Begründung vor.

Reto Tschudin (SVP) betont, die SVP-Fraktion unterstütze sämtliche Bemühungen zur Friedensförderung. Beim vorliegenden Postulat jedoch geht es offenbar um die Betriebskosten eines privaten Vereins, welcher nach Ansicht der SVP-Fraktion nicht in der vorgeschlagenen Form unterstützt werden soll. In einem Nebensatz wird gefordert, Zusatzgelder für «swisspeace» zur Durchführung von Veranstaltungen in unserem Kanton zu sprechen. Ein Stück weit wird damit unterstellt, dass das Wissen und der Wille zur Friedensförderung im Kanton Basel-Landschaft nicht ausreichend verankert wäre. Diesen Vorwurf möchte die SVP nicht gelten lassen. Die Baselbieter Bevölkerung unterstützt die Friedensförderung gerade in der jetzigen Zeit sehr stark, auch wenn über die Form und Ausgiebigkeit dieser Unterstützung diskutiert werden kann. Die SVP schätzt das Engagement des Vereins «swisspeace» durchaus, erachtet es aber nicht als Aufgabe des Kantons, diesen finanziell zu unterstützen. Die SVP-Fraktion lehnt daher das Postulat ab.

Andreas Dürr (FDP) berichtet, bei «swisspeace» handle es sich um ein universitäres Institut und dieses setze mit seinen Bemühungen ein positives Zeichen. Allerdings ist es nicht Aufgabe des Kantons Basel-Landschaft, diesen privaten Verein zu unterstützen. Aus diesem Grund spricht sich auch die FDP-Fraktion schweren Herzens gegen die Überweisung des Postulats aus. Das Thema Friedensförderung und Aussenpolitik ist Bundessache, daher besteht im Kanton keine gesetzliche Grundlage zur Mitfinanzierung von Betriebskosten eines entsprechenden Vereins.

Stephan Ackermann (Grüne) findet Friedensförderung extrem wichtig, sie setzt aber schon sehr viel früher ein, nicht erst auf Ebene Kanton und Gemeinde, sondern schon auf Ebene Familie. Man sollte sich bewusst sein, was für ein Glück es bedeutet, unser Zusammenleben – so wie es hier möglich ist – selber zu gestalten. Heute Morgen wurde hier dem ESAF-Kredit zugestimmt, auch wenn kein gesetzlicher Auftrag gegeben ist, weil das ESAF als mehrheitlich gute Sache beurteilt wurde. Bei «swisspeace» handelt es sich ebenfalls um eine gute Sache, denn Friedensförderung ist etwas vom Wichtigsten, wenn es darum geht, Wohlstand und Reichtum zu halten. Es braucht eine Kultur, auch eine Debattenkultur, die es ermöglicht, dass die verschiedenen Meinungen an einen Tisch geholt und diskutiert werden können. Dies gilt es vorzuleben und vorzuzeigen, wozu das Institut «swisspeace» einen wertvollen Beitrag leistet. Man darf und soll die notwendigen finanziellen Mittel deshalb auch in die Finger nehmen.

Stephan Ackermann ist sehr froh, dass die Regierung bereit ist, das Anliegen zu unterstützen. Es liegt dazu eine schriftliche Erläuterung vor. Es gehört aber auch zur Friedenskultur, es in Ordnung zu finden, dass einige Ratsmitglieder sich gegen das Anliegen aussprechen werden. Der Votant ist überzeugt, dass im Landrat eine Mehrheit für die wertvolle friedensfördernde Massnahme gefunden werden kann, auch wenn der Erfolg nicht auf den ersten Blick ersichtlich sein mag.

Adil Koller (SP) war am Morgen abwesend, deshalb ist dies heute sein erster Beitrag über staatliche Beiträge an private Vereine. Beim aktuellen Thema geht es noch um etwas mehr, nämlich um etwas Langfristiges. «swisspeace» ist eine international renommierte Organisation, eine Stiftung zur Friedensförderung. Es geht um das Initiieren von Friedensbemühungen. So konnte die

Schweiz beispielsweise aufgrund der Kontakte von «swisspeace» in Kamerun offizielle Vermittlerin werden. Es handelt sich um ein Forschungsnetzwerk, das international renommierte Forschende beschäftigt und in den betreffenden Ländern Kontakte zur Politik, zur Wissenschaft sowie zur Zivilgesellschaft pflegt und somit eine enorm wichtige Arbeit leistet, die weltweit anerkannt ist.

«swisspeace» bildet Leute aus, die in der Mediation und der Demokratieförderung tätig sind und die somit wichtige Grundlagenarbeit leisten. Der Schwerpunkt der Arbeit betrifft Projektarbeiten, die 1:1 abgegolten werden, nicht anders als bei einer Firma. Für die Grundlagenarbeit wird «swisspeace» jedoch sehr schlecht alimentiert, weshalb diese längerfristig nur schwer aufrechterhalten werden kann.

Im kantonalen Staatsbeitragsgesetz gibt es das Thema Betriebsbeiträge, welche als Abgeltungen oder Finanzhilfen erfolgen (SGS 360, § 3), und die Regierung führt in ihrer schriftlichen Stellungnahme aus, dass dafür gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Z. B. muss die Organisation eine Aufgabe im öffentlichen Interesse durchführen. Im Bundesgesetz über die Förderung von Forschung und Innovation ist ebenfalls festgelegt, wie solche Institutionen entsprechende Unterstützungsbeiträge erhalten können. Es steht dort, dass es Forschungsinstitutionen von nationaler Bedeutung sein müssen, was bei «swisspeace» der Fall ist. Auf diesem Weg erhält «swisspeace» einen Beitrag von CHF 800'000.–. Im Gesetz ist aber auch festgelegt, dass mittelfristig nicht nur der Bund finanzieren soll, sondern auch die Kantone und andere Gemeinwesen. Der Kanton Basel-Stadt sprach bereits CHF 400'000.–. Dies reicht aber noch nicht, und «swisspeace» muss sich darum bemühen, dass mittelfristig Kantonsbeiträge eingehen, welche zusammen gleich hoch sind wie der Bundesbeitrag. Davon zu reden, dass die Kantone in dieser Domäne nichts zu suchen hätten, ist also falsch, weil das Bundesgesetz dies entsprechend vorsieht.

Es wurde kritisiert, der Kanton würde mit den Beiträgen lediglich «Eventli» fördern. Das geht auf die Idee des Mit-Initianten des Vorstosses zurück, der sicher noch erklären wird, weshalb ihm das wichtig ist. Sollte es im Dienste der Sache nötig sein, liesse sich sicher noch etwas an der Umsetzung dieses Anliegens ändern. Der Sinn dahinter ist, dass es gut wäre zu sehen, was genau der Kanton mit seinen finanziellen Beiträgen unterstützt. «swisspeace» ist angeschlossen an die Universität Basel, die ziemlich namhaft vom Kanton Basel-Landschaft mitfinanziert wird. Ein zusätzlicher Baselbieter Kantonsbetrag an die Institution wäre von entscheidender Bedeutung, weil sonst der Kanton Basel-Stadt die Unterstützung alleine leisten müsste, wodurch der Bundesbeitrag mittelfristig gefährdet wäre.

Marco Agostini (Grüne) weist Stephan Ackermann darauf hin, dass es sich nicht um einen Kredit handelt, sondern um Geld, das à fonds perdu gesprochen würde. Das Geld käme also nicht mehr zurück. Dies ist nicht anders als beim Beitrag, der heute Morgen zugunsten des ESAF gesprochen wurde – denn in beiden Fällen gingen bzw. gehen Gelder an Private. Warum spricht sich der Votant nun als gegen das vorliegende Anliegen aus? Für ihn ist das Postulat viel zu wenig offen formuliert. Es gäbe andere Möglichkeiten zur Unterstützung. Hier geht es «nur» um Geld, aber der Kanton könnte noch wesentlich mehr in anderen Belangen leisten und es wäre wünschenswert gewesen, wenn dies berücksichtigt worden wäre. Zum anderen wäre es für Marco Agostini der richtigere Weg, wenn der Bund CHF 1 Mio. spräche und die Kantone je CHF 20'000.– oder CHF 50'000.–. Der Votant fühlt mit dem betroffenen Verein mit, aber die aktuelle Lösung überzeugt ihn nicht.

Marc Schinzel (FDP) stellt fest, dass er aus dem Votum von Marco Agostini nicht richtig schlau geworden sei.

Zur Sache: In der Tat ist «swisspeace» ein sehr renommiertes privates Institut, das mit der Universität Basel verbunden ist. Es ist eine grosse Leistung, dass diese Institution mit seinen 80 sehr innovativen Mitarbeitenden 75 % der Mittel selbst generiert und somit nicht genötigt ist, nur die hohle Hand zu machen. Es ist auch erfreulich, dass «swisspeace» von Bern nach Basel-Stadt ge-

holt werden konnte, an den Standort am Rheinknie, in die alte, humanistisch orientierte Bildungsstadt. Das zeigt klar: Das Institut passt zur Region, ebenso wie der Kanton Basel-Landschaft. Im Moment sieht man nur allzu deutlich, wie das Anliegen von «swisspeace» an Dringlichkeit und Bedeutung gewonnen hat – und sich die Institution eben gerade nicht im abstrakten Raum bewegt, wie das ein Fraktionskollege von Marc Schinzel ausgedrückt hatte. Seit 1939 hat es eine solche Situation in Europa nicht mehr gegeben, wie wir sie heute erleben. Aktueller als jetzt kann die Aufgabe von «swisspeace» eigentlich nicht sein. Es ist gut, dass Diskussionen zum vorliegenden Postulat geführt werden, aber genau hier sollte man als Kanton den Fuss drin behalten und den Verein «swisspeace» entsprechend unterstützen. Der Votant erachtet es als richtig, dass die Regierung offen für die Anliegen des Postulats ist und bereit wäre, eine solche Institution mitzutragen. Es handelt sich im Übrigen um eine freisinnige Idee, dass eine vom Kanton unterstützte Institution auch vor Ort etwas leisten sollte – der Kanton also nicht nur mittragen, sondern auch mitprofitieren könnte. Es war übrigens Marc Schinzels Idee, den Verein «swisspeace» nicht mit CHF 400'000.–, sondern erstmal mit CHF 200'000.– zu unterstützen, weil sie letztlich in der Stadt domiziliert ist. Es ist eine gute Sache, den Verein im Sinne der humanistischen, bildungsorientierten pan-europäisch denkenden Region Basel zu unterstützen und es wäre ein tolles Zeichen, wenn auch der Kanton Basel-Landschaft hier mitmachen würde.

Marc Schinzel hat langsam das Gefühl, er sei der einzige, der wirklich konsequent ist. Heute Morgen hat er sich für den Defizitdeckungsbeitrag für den privaten ESAF-Verein ausgesprochen, jetzt spricht er sich auch für das private Institut «swisspeace» aus und vor einer Weile fand man ihn unter den Befürwortern der CHF 50'000.– zugunsten der Vatikan-Kaserne. Wer ist genauso konsequent wie er und hat sich ebenfalls drei Mal für gute Zwecke ausgesprochen?

Christina Wicker-Hägeli (glp) zeigt sich etwas erstaunt, dass es zu diesem Thema eine solche Diskussion gibt. Sie glaubte, das Thema würde nur so durchflutschen, weil die Regierung den Vorstoss immerhin entgegennimmt. Die Mitte/glp-Fraktion wird das Postulat ebenfalls unterstützen. Ein Hinweis an «swisspeace»: Zur Vorbereitung auf die heutige Debatte wollte sich die Votantin auf der Homepage schlau machen. Sie musste jedoch feststellen, dass die ganzen Texte dort nur auf Englisch verfasst sind...

Die Begründung der SVP-Fraktion, sie würde keinen privaten Verein unterstützen, ist doch etwas überraschend, widerspricht sie sich doch mit Blick auf den heutigen Morgen innerhalb nur eines Tages.

://: Mit 47:31 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
